

Kurzbericht

Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

(59. - öffentliche - Sitzung am 22. November 2024)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/5462](#) neu

Der - federführende - Ausschuss nimmt die Gesetzesberatung auf und klärt Verfahrensfragen.

Er beschließt, eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung, insbesondere zum Sachstand bei der Wohnraumförderung und zu den konkreten Gründen für die vorgesehene Anhebung der Einkommensgrenzen, entgegenzunehmen und eine schriftliche Anhörung nach dem Verteilerschlüssel 2/2/1/1 durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, die Anzuhörenden der Landtagsverwaltung bis zum 28. November 2024 zu benennen. Die Unterrichtung soll nach Möglichkeit schon in der Sitzung am 29. November 2024 erfolgen können.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum „Masterplan Brücke“**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

3. **Ausbildungen attraktiver aufstellen: Mit einer Praktikumsprämie für technische und handwerkliche Berufe in unsere Wirtschaft, Gesellschaft und Zukunft investieren!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2226](#)

Der - federführende - Ausschuss schließt die Antragsberatung ab. Er empfiehlt dem Landtag - vorbehaltlich der Voten der mitberatenden Ausschüsse -, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

4. **Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen ausbauen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2711](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch. Er schließt sich dem Votum des - federführenden - Kultusausschusses an, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

5. **Initiative des Landes zur Magnetschwebbahn und zu entsprechender technologischer Forschung und Industrieansiedlung**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/4573](#)

Die Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen signalisieren Beratungsbedarf. Daraufhin vereinbart der Ausschuss einvernehmlich, die Beratung dieses Antrags zu vertagen.

6. **Glasindustrie in der Zukunftsregion Weserbergland+ fördern - die energieintensive Industrie auf dem Weg zur Klimaneutralität unterstützen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5320](#)

Die Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen signalisieren Beratungsbedarf. Daraufhin vereinbart der Ausschuss einvernehmlich, die Beratung dieses Antrags zu vertagen.

7. **Aktiv die Trendumkehr für mehr Wohnungsbau schaffen, anstatt die Krise mit einer Landeswohnungskaufgesellschaft zu verschärfen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3036](#)

Der Ausschuss setzt die Antragsberatung unter Berücksichtigung des Änderungsvorschlags der Fraktion der CDU (Vorlage 9) fort.

Die Fraktion der CDU beantragt, eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung, vertreten durch das MW und das MF, entgegenzunehmen. Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und AfD ab.

Die Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beantragen, die Antragsberatung abzuschließen. Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und AfD zu.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag - vorbehaltlich des Votums des Ausschusses für Haushalt und Finanzen -, den Antrag in der Fassung des Änderungsvorschlags (Vorlage 9) abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

8. **Freie Märkte wiederherstellen und Wohlstand bewahren - niedersächsische Wirtschaft schützen vor dem Wirtschaftsdirigismus grüner Transformationspolitik**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/5263](#)

Der Ausschuss schließt die Antragsberatung ab; ihm liegt hierzu die in der 54. Sitzung am 13. September 2024 erbetene schriftliche Unterrichtung als Vorlage 1 vor.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag - vorbehaltlich des Votums des Ausschusses für Haushalt und Finanzen -, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

9. **Die deutsche Einheit endlich auch in Niedersachsen vollenden! Räumliche Trennung von Darchau und Neu-Darchau durch einen Brückenbau überwinden.**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/5613](#)

Der Ausschuss erörtert Grundzüge des Antrags und klärt Verfahrensfragen. Den Verfahrensantrag der Fraktion der AfD, eine mündliche Unterrichtung durchzuführen, lehnt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen ab. Dem Verfahrensantrag der Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, eine schriftliche Unterrichtung durchzuführen, stimmen alle Fraktionen zu.

10. **Transformation der Wirtschaft durch Innovation aktiv gestalten und Niedersachsen zum Start-up-Land ausbauen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5073](#)

Der Ausschuss setzt die Antragsberatung fort. Er nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

11. **Niedersachsens Wirtschaft zukunftsfähig und klimafreundlich aufstellen - Transformation gemeinsam gestalten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5191](#)

Der Ausschuss setzt die Antragsberatung fort. Er nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

12. **Terminangelegenheiten**

Terminplanung der Haushaltsberatung im Jahr 2025

Der Ausschuss beschließt, dass im Jahre 2025 die Einbringung der Teile des Haushaltsplanentwurfs, die die Zuständigkeit des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung und seiner Unterausschüsse berühren, am 19. September in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Unterausschuss „Häfen und Schifffahrt“ und dem Unterausschuss „Tourismus“ erfolgt.

13. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Lichterfahrten“**

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU zu. Die Unterrichtung soll nach Möglichkeit in der Sitzung am 29. November 2024 erfolgen.